

„Eine Zukunft für Palästina“
RLS-Veranstaltung, 26. April 2008, Berlin
Beitrag Peter Schäfer

Die Erwartungen palästinensischer Linker an die RLS

Ich vertrete die Rosa-Luxemburg-Stiftung seit Anfang März in Palästina, bin aber schon seit sieben Jahren vor Ort. Zunächst als Journalist, dann als Projekt-Koordinator für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Für medico international habe ich ein Projekt betreut. Ich habe für die GTZ, die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, gearbeitet, und war zuletzt in einem größeren Projekt der Europäischen Kommission. Ich sage das, weil die Erfahrungen dieser sieben Jahre in meine Tätigkeit für die Rosa-Luxemburg-Stiftung einfließen.

Ich möchte aber zunächst mal die Rahmenbedingungen einer deutschen politischen Stiftung im Ausland beschreiben, weil meiner Erfahrung nach viele darüber falsche Vorstellungen haben:

Uns stehen gemäß der Vertretung der uns nahen Partei im Bundestag Bundesmittel zu. Für die internationale Arbeit kommen diese vom BMZ, dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Gelder können wir relativ frei verwenden, um sogenannte „Maßnahmen der Gesellschaftspolitik umzusetzen, die im Einklang stehen mit den entwicklungspolitischen Grundlinien der Bundesregierung, die im Rahmen der UN-Menschenrechtserklärung liegen und einen nachhaltigen Beitrag leisten“.

Die entwicklungspolitischen Grundlinien formuliert das BMZ so: Im Nahen Osten soll die deutsche Entwicklungspolitik „dazu beitragen, das Konfliktpotenzial in den Regionen abzubauen. Der Friedensprozess im Nahen Osten wird deshalb mit Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit gefördert.“

Staatliche und nicht-staatliche Organisationen aus anderen Ländern beschreiben ihre Ziele ähnlich. Frieden will man vor allem erreichen mit der **Demokratisierung Palästinas** und seiner **wirtschaftlichen Entwicklung** oder der **Unterstützung notwendiger palästinensischer Reformen**. All dies soll die Basis eines künftigen palästinensischen Staates bilden, der einmal friedlich an der Seite Israels existieren soll. Das wollen alle. Klingt ja auch gut. Gemacht wird das von den meisten der 1.200 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die im kleinen Palästina präsent sind. 200 davon sind internationale Organisationen. In Israel sind es noch mehr.

In diesem Rahmen hat die sogenannte internationale Staatengemeinschaft 1993, nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Israel und der PLO, damit begonnen, viel Geld nach Palästina zu pumpen. Das ging zum großen Teil an die damals gerade gegründete Autonomiebehörde oder floss in zivilgesellschaftliche Organisationen. Zieht man aber nach diesen fünfzehn Jahren einmal Bilanz, ergibt sich trotz – oder vielleicht gerade wegen – all dieser Unterstützung folgendes Bild:

- Es gibt keinen Frieden, der israelisch-palästinensische Konflikt ist weder gelöst, noch hat es nennenswerte Schritte hin zu einer Lösung gegeben;
- Eine Zwei-Staatenlösung ist weniger als je zuvor in Sicht, im Gegenteil, das den Palästinensern zur Verfügung stehende Gebiet schrumpft beständig;
- Gazastreifen und Westbank sind politisch voneinander getrennt; das palästinensische Ost-Jerusalem ist für Palästinenser aus Westbank und Gazastreifen praktisch nicht mehr zugänglich;
- Die Palästinenser haben keine Regierung mehr, die aus Wahlen hervorgegangen und in der Bevölkerung legitimiert ist;

- Der palästinensische Partner der internationalen Gemeinschaft, die einst dominante Fatah-Partei, ist programmatisch nicht festgelegt, zerstritten und steht immer wieder kurz vor der Spaltung;
- **Die fortschrittlichen Kräfte, also diejenigen, die für Demokratie und Menschenrechte eintreten, sind zerschlagen; und zwar mit Hilfe der internationalen Geberstaaten;** darauf werde ich gleich noch eingehen;
- Und die Hamas, also die Bewegung, die vom Norden nicht unterstützt, trainiert und beeinflusst worden ist, hat sich zur stärksten politischen Kraft entwickelt. Und das vielleicht gerade trotz der Isolierungsstrategie des Nordens.

Diese negative Bilanz des bisherigen Friedensprozesses und seiner Förderung hätte eigentlich schon längst zum Umdenken führen müssen. Der Prozess ist nicht nur schlecht für die Menschen vor Ort, es ist ja auch eine Verschwendung von Steuergeldern.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung tritt natürlich ebenfalls an, Konfliktpotenzial abzubauen und den israelisch-palästinensischen Friedensprozess zu fördern. Wir werden allerdings versuchen, das nicht wie die meisten anderen zu tun, sondern die Lehren aus den letzten fünfzehn Jahren in unsere Arbeit einbeziehen. Wir müssen unsere Stiftung in ihren lokalen Kontext stellen, und es ist meiner Meinung nach deshalb erst einmal die Arbeit der **internationalen** Organisationen, die demokratisiert und reformiert werden muss, wenn man Frieden erreichen will. Und dazu gehört:

1. Wir müssen die Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten wollen, respektieren, einschließlich ihrer Erfahrungen, ihrem Wissen und ihrer gesellschaftlichen Mechanismen. Das heißt, wir können nicht einfach im Süden einreiten, um Frieden und Demokratie nach unseren Vorstellungen und mit unseren Mitteln zu erreichen. Die Menschen vor Ort wissen viel besser, wie sie ihre gesellschaftlichen Konflikte friedlich lösen können. Wir müssen deshalb lokal vorhandene Ansätze und Ideen unterstützen und nicht die am Berliner oder Brüsseler Schreibtisch entstandenen.

Und 2.: Um demokratische Verhältnisse zu fördern, muss eine Volksvertretung demokratisch legitimiert sein. Wenn man davon ausgeht, dass stabile politische Verhältnisse die Unterstützung einer Bevölkerung für ihre Regierung voraussetzen. Auch ein Friedensabkommen mit Israel wird nur breit befolgt werden, wenn die Verhandlungspartner demokratisch legitimiert sind. Wenn man das will, dann darf internationale Hilfe aber nicht zur Marginalisierung der Zivilgesellschaft bzw. der gesamten Bevölkerung führen.

Das mag alles logisch klingen. Aber die Arbeit der internationalen Gemeinschaft in Palästina hat bisher ihr Ziel – FRIEDEN – nicht erreicht, unter anderem, weil diese Prinzipien in der Praxis nicht angewendet werden. Wir werden hier also auf Hindernisse stoßen, weil dem die politischen und wirtschaftlichen Interessen der großen Geberorganisationen entgegen stehen.

Nun ein bisschen konkreter. Die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Palästina hat bereits vor acht Jahren begonnen, zurzeit werden zwei Maßnahmen umgesetzt:

Das Palästinensische Zentrum für Frieden und Demokratie ist einer unserer Partner. Sie unterstützen mit unserer Hilfe Frauen dabei, ihre Interessen in der Öffentlichkeit und

gegenüber lokalen und nationalen Entscheidungsträgern selbst zu vertreten. Teil des Projekts ist, Kandidatinnen für künftige Wahlen und im Umgang mit den Medien zu schulen.

Die zweite Partnerorganisation ist das Zentrum für Menschenrechtsstudien in Ramallah. Sie organisieren mit unserer Unterstützung Diskussionsrunden und Workshops mit Studenten an allen elf palästinensischen Hochschulen im Westjordanland und im Gazastreifen. Innerpalästinensische Konflikte werden hier versucht auszuhalten und auf respektvolle Weise diskutiert.

Diese Maßnahmen werden von unseren palästinensischen Partnern umgesetzt, die Stiftung stellt im Wesentlichen die finanziellen Mittel zur Verfügung.

Unsere Arbeit in Palästina intensivieren wir jetzt ohne vorgefertigte Strategie, für deren Umsetzung dann lokale Organisationen eingekauft werden. Ich habe meine Arbeit vielmehr damit begonnen, palästinensische Linke, organisierte und unorganisierte, nach ihrer Meinung zu fragen. Nach dem also, wo sie selbst Handlungsbedarf erkennen und was sie sich in dieser Hinsicht von einer linken internationalen Organisation erhoffen.

Und vor dem Hintergrund dessen, was ich eingangs beschrieben habe, wundert es nicht, dass im Wesentlichen drei Wünsche an mich herangetragen wurden:

1. Wir sollen es nicht wie die meisten anderen machen, deren Geld zwar gerne genommen wird, die in Verhalten und Projektarbeit aber als Fremdkörper gesehen werden.

Wir sollen die Bevölkerung dabei unterstützen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln und entsprechende Ansätze nicht kaputt machen. Das ist leicht gesagt, denn ich bin bisher noch keinen Ansätzen begegnet, die sich nicht auf Unterstützung durch internationale Geberorganisationen beziehen. Ich denke, unsere Ausgangslage sollte das sein, was viele Palästinenser beklagen. Sie machen nämlich den Wegfall sozialer Netzwerke seit den frühen 90er Jahren für ihre derzeitige Situation verantwortlich. Die schwachen staatlichen Strukturen in der Westbank wurden von Israel zerschlagen. Aber auch traditionelle Mechanismen zur Schlichtung von Disputen haben an Bedeutung verloren. Konflikte werden nun vermehrt bewaffnet ausgetragen. Dazu kommt, dass ehrenamtliche Arbeit zunehmend als Makel gesehen wird. Es ist aber der ehrenamtliche Dienst an der Gemeinschaft, der soziale Netzwerke bildet. Er muss, zumal wenn von fortschrittlichen Menschen geleistet, erhalten werden. Dazu gehört aber auch, dass die Palästinenser Mechanismen schaffen, ihre Entwicklung wieder selbst zu kontrollieren. Die Palästinenser müssen sagen, was gebraucht wird, WO internationale Unterstützung WIE gefragt ist und diese Unterstützung selbst koordinieren. Heute läuft das anders herum. Die sog. internationale Gebergemeinschaft bestimmt den Bedarf der Palästinenser. Und eine Koordination findet kaum statt, jeder macht das, was er für richtig hält. Es gibt von uns aus natürlich noch keine geplante Maßnahme hierzu. Die Vorarbeit müssen Palästinenser leisten. Eine Möglichkeit für uns wäre jedoch, erst einmal soziale Gruppen zusammenzubringen, um gemeinsam über ihre Bedürfnisse nachzudenken.

2. Sollen wir die Erfahrungen und Prozesse vermitteln, die letzten Juni zur Gründung der Partei DIE LINKE geführt haben.

DIE LINKE und die Gründe für ihren Erfolg stoßen auf großes Interesse innerhalb der palästinensischen Linken. Gleichzeitig haben Organisationen der palästinensischen Linken ihre Erfahrungen gemacht, von denen wir auch lernen können. Ein Programm zum Austausch dieser Erfahrungen ist bereits in Vorbereitung.

- 3. Wir sollen politische Unterstützung leisten, nicht humanitäre.** Die Mehrheit der palästinensischen Linken ist heute nicht mehr politisch organisiert. Was sie von uns wollen ist vor allem die Unterstützung linker Werte in Palästina, die Unterstützung fortschrittlichen, säkularen und demokratischen Denkens und Handelns.

Dazu muss erst mal gesagt werden, dass Europa und die USA palästinensische Linke seit Jahren mit Riesensummen unterstützen. Das kommt daher, dass in den 70er Jahren linke PLO-Gruppen Massenorganisationen bildeten, die – unter der israelischen Besatzung illegal – von medizinischer Versorgung bis hin zur Schulbildung alles organisierten. Diese Strukturen haben sich mit dem ganzen Geld zu teilweise sehr großen Gebilden entwickelt. Zudem wurden ab 1993 viele weitere Nichtregierungsorganisationen gegründet. Und diese in Palästina sogenannten professionellen NGOs haben all das im Programm, was international gut ankommt: Demokratisierung, Menschenrechte, Job Creation, Stärkung sozialer Randgruppen usw. Der Unterschied zu den 70er Jahren ist allerdings, dass viele dieser NGOs heute nichts mehr mit ihren alten Parteien zu tun haben. Sie agieren vielmehr – auch unter dem Druck der internationalen Geldgeber – unpolitisch. Das heißt, die Linke wird heute nicht mehr als im sozialen Bereich aktiv wahrgenommen. Eben diesen Umstand hat die Hamas genutzt und das politische Vakuum über ihre vielfältige Wohlfahrtsarbeit gefüllt. Konkurrenzlos sozusagen. Die Fatah-Bewegung ist übrigens im sozialen Sektor selbst kaum aktiv.

Die Linke wurde also ins Koma finanziert. Und nachdem Demokratie in Palästina eben nicht zum gewünschten Ergebnis geführt hat, werden nun auch politische Partizipation und die Legitimierung der politischen Führung gar nicht mehr gefordert und gefördert. Unser Außenminister beispielsweise denkt jetzt, er könne mit der Schaffung von Arbeitsplätzen, mit Schul- und Straßenbau in der Westbank sowie finanzieller Unterstützung für die Westbank-Regierung den Einfluss der Hamas zurückdrängen und demokratische Verhältnisse schaffen. Meinungsumfragen zeigen das Gegenteil, die Hamas ist im Aufwind.

Wie gesagt, die internationale Gemeinschaft hat aktiv dazu beigetragen, fortschrittliche Kräfte und Organisationen in Palästina zu schwächen. Die „professionellen NGOs“ haben die meisten gesellschaftlichen Bereiche in Beschlag genommen, sozusagen Marktnischen besetzt, und lassen sich ihre Arbeit teuer bezahlen. Freiwilliges Engagement und die damit zusammenhängenden sozialen Netzwerke werden dadurch verdrängt. Palästinensische Wissenschaftler sprechen hier von gesellschaftlicher „Rück-Entwicklung“ und der „Ent-Politisierung“ der Zivilgesellschaft.

So geht's mit der Linken immer weiter bergab. Diejenigen, die indirekt die Hamas fördern wollen, sollen so weitermachen wie bisher. Wir werden allerdings jene Kräfte in Palästina unterstützen, die Basisdemokratie, Freiheit und Gleichheit als Werte verteidigen. Für diesen Ansatz müssen wir offen eintreten und seine Verbreitung befördern. Nur durch Einbindung der dritten politischen Kraft, der Linken, kann ein von Palästinensern getragener Staat entstehen. Und auch nur so wird man eine Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt finden, die dauerhaft friedlich ist.